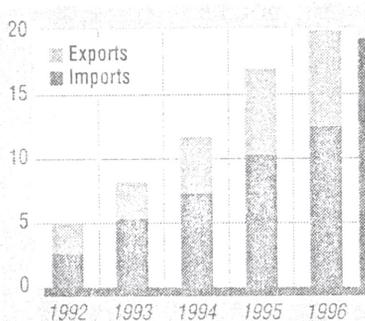


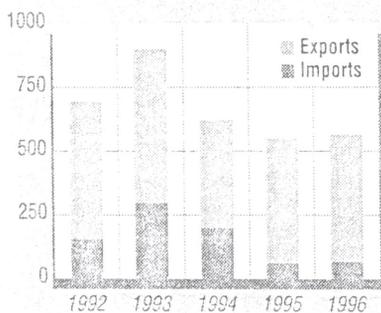
jenige mit dem Norden kontinuierlich zurück. Gleichzeitig nehmen die süd-koreanischen Direktinvestitionen in zweistelliger Prozentzahl zu. -we-

Wie sich die Außenwirtschaftsbeziehungen Chinas mit Südkorea vermehren, während der Außenhandel mit Nordkorea zurückgeht:

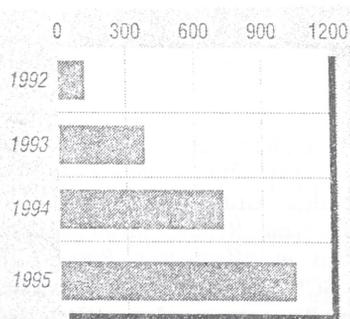
Chinas Außenhandel mit Südkorea (in Mrd. US\$)



Chinas Außenhandel mit Nordkorea (in Mio. US\$)



Südkoreas Direktinvestitionen in China (Mio. US\$)



Source: China's State Statistical Bureau

(Quelle: AWSJ, 14.-15.2.1997)

## Innenpolitik

\*(11)

### Nach Dengs Tod: Die Führungsspitze um Jiang Zemin zeigt sich geschlossen

Jahrelang ist darüber spekuliert worden, ob es nach dem Tod Deng Xiaopings zu schweren internen Auseinandersetzungen in der Beijinger Parteispitze kommen werde, die den Sturz der Kommunistischen Partei insgesamt einleiten könnten. Diese Auseinandersetzungen sind nach dem Eintreten des Ereignisses ausgeblieben: Die Führungsgruppe mit Jiang Zemin, Li Peng, Qiao Shi und Zhu Rongji sowie den Militärvertretern Liu Huaqing, Zhang Zhen und Zhang Wannian an der Spitze zeigte sich in der Zeit nach Dengs Tod geschlossen und führte ihre politischen Tagesgeschäfte trotz der aufwendigen Trauerfeierlichkeiten geradezu routiniert fort. Selbst die amerikanische Außenministerin wurde in der offiziellen Trauerperiode zu schwierigen Gesprächen empfangen.

Der Kontrast zu der lähmenden Übergangsperiode nach dem Tode Maos im September 1976, als alle politischen Tagesgeschäfte zum Stillstand kamen und ein Palastcoup förmlich in der Luft lag (und dann mit der Verhaftung der "Viererbande" auch eintrat), könnte nicht größer sein.

Die von vielen Kommentatoren mit Erstaunen registrierte Tatsache, daß der Tod Deng Xiaopings bislang keine

### Die Ära Deng Xiaoping: Soziale und wirtschaftliche Entwicklungen

	1978	1996
Bevölkerung	973 Mio.	1210 Mio.
Bevölkerungswachstum (jährlich)	1,3-1,5%	1,4%
Armutrate (mittlere Schätzung)	28%	11%
Kindersterblichkeit (pro 1000 Geburten)	65	40
Krankenhausbetten (pro 1000 Personen)	0,68	2,62
Ärzte (pro 1000 Personen)	1,8	1,5
Fernsehgeräte	1 Mio.	233 Mio.
Radiogeräte	45 Mio.	209 Mio.
Telefone	5 Mio.	20 Mio.
Eisenbahnen	46.500 km	69.000 km

Quelle: AWSJ, 21.-22.2.1997

größeren Schatten auf die chinesische Politik wirft, hat seine Ursache in dem häufig verkannten schlichten Faktum, daß das gegenwärtige politische System nicht mehr das gleiche ist wie zur Zeit Maos:

\* Deng Xiaoping hatte zwar seit 1977 eine herausragende Stellung an der Parteispitze inne, genoß aber zu keinem Zeitpunkt die furchterregende, gottgleiche Autorität, über die Mao Zedong spätestens seit Beginn der Kulturrevolution verfügt hatte. Mao verkörperte in seiner Person das gesamte Herrschaftssystem, das Entscheidungszentrum und die Parteiideologie, während Deng Xiaoping offensichtlich mit Erfolg darauf hinwirkte, die politische und wirtschaftliche Entwicklung von der Autorität einer einzigen Person abzukoppeln.

\* Die Wirkung von Ereignissen in der Beijinger Zentrale auf China als Ganzes hat seit den siebziger Jahren dramatisch nachgelassen. Die politische und wirtschaftliche Entwicklung in den Provinzen hat in vielerlei Hinsicht eine eigene Dynamik entfaltet, die nicht mehr allein von den Vorgaben Beijings bestimmt wird.

\* Ideologische Grundsatzkonflikte, die noch in den siebziger Jahren die parteiinterne Willensbildung bestimmten und die Energie von sämtlichen Parteikadern in Zentrale und Regionen absorbierten, spielen heute nur noch eine untergeordnete Rolle. Die Konzentration der politischen Arbeit auf die wirtschaftliche Entwicklung hat die Routinisierung

der chinesischen Politik erheblich vorangetrieben, auch wenn ideologische Konflikte etwa im Hinblick auf die "sozialistische Marktwirtschaft" keineswegs abschließend bereinigt sind. Das, was die Entwicklung in China in den neunziger Jahren treibt, sind eindeutig dezentrale ökonomische Initiativen; nicht politisch-ideologische Vorgaben aus der Beijinger Zentrale, wie es zu Maos Zeiten der Fall war.

Das Ableben Deng Xiaopings ist zweifellos ein Einschnitt für die chinesische Politik, da er der große Antreiber und Legitimierer der Reform- und Öffnungspolitik war. Die amtierende Führungsgeneration wird jedoch, wenn sie stürzen sollte, nicht daran scheitern, daß Deng Xiaoping ein unausfüllbares Vakuum im Herrschaftssystem hinterläßt wie Mao. Vielmehr werden es die vielfältigen unerfüllten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Anforderungen sein, die Legitimität und Autorität der Beijinger Parteiführung erodieren und nur durch entschiedenes und erfolgreiches politisches Handeln zu bewältigen sein werden. -hei-

\*(12)

#### Vorbereitungen für umfassendes Reviement - Innerparteiliche "Wahlen"

Seit 1996 bereitet Beijing eine umfassende personelle Umbesetzung und Verjüngung in Schlüsselpositionen oberhalb des Ministerrangs vor. Laut einer der ZK-Organisationsabteilung der Kommunistischen Partei nahestehenden Quelle sind folgende Kriterien für die Auswahl der künftigen politischen Spitzenkräfte entscheidend: politische Loyalität gegenüber der Beijinger Parteizentrale, vorweisbare Leistungen in bisher ausgeübten Leitungspositionen, Zugehörigkeit zu jüngeren Jahrgängen, persönliche Führungsqualitäten sowie ein gutes Verständnis für übergeordnete gesamtstaatliche Interessen (im Gegensatz zu engen regionalen oder bürokratischen Interessen). (SCMP, 27.1.1997)

Offenbar ist die Auswahl der Kandidaten, die für Spitzenpositionen vorgesehen sind, Gegenstand höchstrangiger Entscheidungen. Bislang hatte die ZK-Organisationsabteilung Kandidaten für die Ämter von stellvertretenden Ministern bzw. stellvertretenden Provinzgouverneuren bestimmen können. Seit dem letzten Jahr ist das KP-Politbüro auch in solche nachrangigen personalpolitischen Entscheidungen ein-

gebunden: Die Besetzung von Leitungspositionen insbesondere im Sicherheitsapparat, im Außenministerium und in der Staatlichen Planungskommission sollen derzeit der unmittelbaren Aufsicht des höchsten politischen Entscheidungsgremiums der VR China unterliegen. Hierin zeigt sich, was für eine überragende Bedeutung die Personalkontrolle in den Augen der Parteispitze besitzt.

Seit Ende des letzten Jahres sind Kommissionen der ZK-Organisationsabteilung mit der Evaluierung des regionalen Führungsnachwuchses beschäftigt. Diesen Kommissionen gehören auch hochrangige pensionierte Spitzenkader und einzelne noch aktive Revolutionsveteranen an. Bis zum Sommer, also noch rechtzeitig vor dem Zusammentreten des 15. Parteitages, sollen die Entscheidungen über die Kandidaten für höchste Partei- und Staatsämter fallen.

Darüber hinaus ist im Februar auch mit der Wahl der rund 2.000 Delegierten zum 15. Parteitag begonnen worden. Dieser Parteitag besitzt eine Schlüsselbedeutung für die Konsolidierung der jetzigen Führung unter Jiang Zemin und für die personelle Verjüngung in Politbüro und Zentralkomitee.

In den Beijinger Ministerien, die jeweils etwa zwei Delegierte für den Parteitag bestimmen dürfen, sollen die Wahlvorgänge in geheimer Abstimmung und nahezu ohne Einflußnahme durch die mächtige ZK-Organisationsabteilung verlaufen sein, obwohl die zentrale Parteiführung stärkstes Interesse daran haben muß, Einfluß auf die Zusammensetzung der Parteitagsdelegierten zu nehmen.

Diese neuen Meldungen bestätigen einen Trend, der sich in den neunziger Jahren nach Einschätzung vieler Parteimitglieder vor allem auf den unteren Ebenen der Parteiorganisation zeigt: Innerhalb der Partei gibt es Ansätze zu demokratischeren Verfahren. Die Parteisekretäre und Organisationsabteilungen, die jahrzehntlang nach Belieben die ihnen genehmen Kandidaten durchsetzen konnten, müssen auf gestiegene Mitspracheansprüche unter den Parteimitgliedern Rücksicht nehmen. Eine breite politische Mitwirkung etwa der Bevölkerung insgesamt steht freilich nicht zur Debatte: Die Partei bildet weiterhin den exklusiven Rahmen für die politische Willensbildung in China. -hei-

\*(13)

#### Schwere Unruhen und Bombenattentate in Xinjiang

In Yining, einer Stadt in der "Autonomen Region" Xinjiang nahe der Grenze zu Kasachstan, ist es Anfang Februar zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen muslimischen Demonstranten und Sicherheitskräften gekommen.

Die Beijinger Regierung ließ offiziell verlauten, daß bei den "von einer kleinen Zahl von feindlichen Elementen provozierten" Unruhen zehn Personen ums Leben kamen und mindestens 140 verletzt wurden. Nach offizieller Darstellung kam es am 5. Februar zu Demonstrationen von zunächst etwa einhundert uighurischen Jugendlichen vor chinesischen Geschäften in Yining. Die Jugendlichen hätten in Losungen die Unabhängigkeit des überwiegend muslimischen "Ostturkestan" gegenüber China gefordert. Die Menge sei rasch auf mehrere hundert Protestierende angeschwollen, einzelne Demonstranten hätten Steine geworfen und Fahrzeuge in Brand gesetzt. Daraufhin hätten die Sicherheitskräfte die Demonstration gewaltsam auflösen müssen. (SCMP, 13.2.1997)

Nach inoffiziellen Darstellungen sind die Proteste in Yining von einer Verhaftungs- und Hinrichtungswelle ausgelöst worden, die sich Ende Januar und Anfang Februar gegen muslimische Untergrundkämpfer in der Region richtete. Tatsächlich bestätigen auch offizielle chinesische Meldungen, daß Hinrichtungen zu dieser Zeit stattgefunden haben. (*Xinjiang Ribao*, 31.1.1997, nach SWB, 12.2.1997) Uighurische Exilquellen räumen andererseits ein, daß die an den Unruhen beteiligten muslimischen Jugendlichen offenbar wahllos han-chinesische Zivilisten angegriffen und auch getötet hätten. (IHT, 27.2.1997)

Die Unruhen in Yining blieben nicht der einzige blutige Vorfall in Xinjiang. Am 25. Februar, offenbar in bewußter zeitlicher Abstimmung mit der offiziellen Trauerfeier für Deng Xiaoping in Beijing, explodierten in verschiedenen Stadtteilen Urumqis (Hauptstadt der "Autonomen Region" Xinjiang) drei Bomben in öffentlichen Bussen. (FT und SCMP, 27.2.1997) Mindestens sieben Personen wurden getötet, Dutzende verletzt. Eine vierte Bombe wurde vor der Detonation entdeckt und unschädlich gemacht. In Urumqi wurden daraufhin die Sicherheitsmaßnahmen massiv verstärkt.

Die Attentate werden in inoffiziellen Einschätzungen Untergrundkämpfern aus Kashgar und Korla im Süden Xinjiangs zugeschrieben, die gut organisiert sein sollen und von islamistischen Bewegungen in Afghanistan und Pakistan unterstützt werden. Beijing hat sich in den letzten Jahren mit Erfolg um kooperative Beziehungen zu den an Xinjiang angrenzenden zentralasiatischen Staaten bemüht. Die dortigen Regierungen haben den Aktivitäten uighurischer Exilorganisationen in letzter Zeit - ganz im Sinne Chinas - Beschränkungen auferlegt und auch Demonstrationen vor chinesischen Botschaften verhindert. Verbindungen muslimischer Untergrundkämpfer in Xinjiang bestehen aber offensichtlich zu sympathisierenden Gruppierungen in Afghanistan, Pakistan, Iran und auch in der Türkei. In der Türkei sind aus Anlaß der jüngsten Vorfälle in Xinjiang mehrere Exilgruppen mit chinakritischen Stellungnahmen und Protesten vor der chinesischen Botschaft in Ankara hervorgetreten. (SCMP, 9./16.2.1997)

Die jüngsten Unruhen und Attentate stellen eine Eskalation der in den letzten Jahren zunehmenden ethnischen Spannungen in Xinjiang dar, sie sind bislang jedoch keine ernsthafte Bedrohung für die chinesische Kontrolle über die Region. Die Sicherheitskräfte waren in Yining innerhalb kürzester Zeit zur Stelle und konnten die Proteste rasch unterdrücken. Ein breiter, überregional koordinierter Volksaufstand gegen die chinesische Herrschaft ist in den verstreuten lokalen Protesten und Attentaten der letzten Jahre nicht zu erkennen.

Ein noch vor den jüngsten Vorfällen verfaßter, hellsichtiger Beitrag im *Jane's Intelligence Review* (zit.n. FT, 2.1.1997) weist jedoch auf einen grundsätzlichen Aspekt der problematischen Beziehungen zwischen Xinjiang und China hin: "China could well find itself confronting its own species of Northern Ireland - an intractable, low-level campaign of terrorism enjoying a measure of popular support, defying easy solutions, and necessitating a disproportionate commitment of security forces... Given large Uighur communities - and a powerful criminal component - in several of China's urban centres, the possibility of Uighur terrorists, like the IRA, carrying their struggle to the enemy 'mainland' is a real one." Es mehren sich die Anzeichen, daß Xinjiang tatsächlich zu Chinas speziellem "Nordirland"-Problem und zu einer Quelle unberechenbarer terroristischer Aktivitäten auch in östlichen Großstädten werden könnte. -hei-

---

## Wissenschaft, Bildung Gesellschaft, Kultur

---

\*(14)

### Gesetzgebung für Klontechnologie gefordert

Chinesische Wissenschaftler haben kürzlich aus Anlaß des ersten, in Schottland geklonten Schafes gefordert, gesetzliche Regelungen für die Klontechnologie zu erlassen. Solche Regelungen seien erforderlich, um die mit dieser Technologie verbundenen Gefahren unter Kontrolle zu halten, hieß es von seiten der Wissenschaftler, die sich anläßlich der Jahrestagung des Nationalen Volkskongresses im Rahmen ihrer Beratungsfunktion für die chinesische Regierung äußerten. Die Wissenschaftler ließen keinen Zweifel, daß sie das Klonen des Schafes als großen Fortschritt in der Wissenschaft begrüßten. Zugleich aber warnte der Genetiker Zhang Jiaming vor den Gefahren des Klonens. Ähnlich wie die Kernenergie könne die Klontechnologie zum Wohle, aber auch zum Schaden der Menschheit angewendet werden. Zhang ist Direktor des Instituts für biologische Produkte, das dem Ministerium für öffentliche Gesundheit untersteht, und zudem Abgeordneter des NVK. Er und seine Kollegen empfahlen gesetzliche Regelungen, die eine begrenzte Anwendung der Klontechnologie gewährleisten und vor allem die Duplizierung von Menschen verbieten. Allerdings sehen die chinesischen Wissenschaftler die Entwicklung gelassen; noch stecke die Klontechnologie in ihren Anfängen. Man dürfe die Forschungen nicht aus Sorge vor den möglichen Gefahren abbrechen, meinte Chen Shouyi, der Direktor des Instituts für Genetik an der Chinesischen Akademie der Wissenschaften. Chen war Mitglied des Forschungsteams, das im April 1996 eine Kuh aus Embryozellen geklont hat - im Unterschied zu dem schottischen Lamm, das aus der Zelle eines erwachsenen Schafes geklont wurde. (XNA, 1.3.97)

In der Biotechnologie sind chinesische Forscher führend, vor allem auf dem Gebiet der Pflanzengenetik, weil die Frage der Züchtung neuer Getreidesorten, die resistent gegen Schädlinge sind und hohe Erträge bringen, für die Ernährungssituation der chinesischen Bevölkerung von entscheidender Bedeutung ist. Daneben gewinnt auch die

Humangenetik immer mehr Bedeutung, insbesondere vor dem Hintergrund der offiziellen Geburtenregelungspolitik und der mit dieser verbundenen eugenischen Zielsetzungen. Viele Anzeichen sprechen dafür, daß die ethischen Barrieren gegenüber der Eugenik in China allgemein nicht so hoch sind wie im Westen. Allerdings gilt es zu berücksichtigen, daß eine öffentliche Diskussion über die Implikationen der Gentechnologie in China bislang nicht zustande gekommen ist. Die Probleme werden jedoch in Fachkreisen diskutiert, wobei sich insbesondere jüngere Genforscher, die im Westen studiert haben, der ethischen Verantwortung bewußt sind. (Vgl. Ole Döring, "Grenzenlose Gemeinschaft", FAZ, 27.2.97) Insofern ist es zu begrüßen, daß der oben genannte Kreis von Wissenschaftlern während der Tagung des NVK quasi öffentlich eine klare Stellungnahme abgegeben hat. -st-

\*(15)

### Rückgang wissenschaftlicher Publikationen

Der Sektor wissenschaftlicher Publikationen steckt seit Jahren in der Krise. Hauptgründe für den Rückgang wissenschaftlicher Publikationen und die Schwierigkeiten, wissenschaftliche Arbeiten zu veröffentlichen, sind die begrenzte Käuferschicht, niedrige Auflagenzahlen und finanzielle Verluste der Verlage. All dies hat dazu geführt, daß von Jahr zu Jahr weniger wissenschaftliche Bücher veröffentlicht werden. Lag im Jahre 1979 die Zahl der gedruckten wissenschaftlich-technischen Bücher noch bei 67.000, so ist sie in den letzten Jahren auf 10.000 zurückgegangen; auch der Anteil wissenschaftlicher Bücher an der gesamten Buchproduktion ist im selben Zeitraum kontinuierlich gesunken, und zwar von 38,85% im Jahre 1978 auf etwa 20% seit den 90er Jahren (vgl. GMRB, 3.2.97, S.2). Die Folgen dieser Entwicklung werden als gravierend bezeichnet: Wenn neue wissenschaftliche Erkenntnisse nicht rechtzeitig in Buchform vorliegen, können Wissenschaftler nicht rechtzeitig an ihnen teilhaben, und es gibt Schwierigkeiten, die neuen Erkenntnisse zu verbreiten. Langfristig muß dies den Fortschritt in Wissenschaft und Technik ebenso wie in der Volkswirtschaft behindern, lautet der Vorwurf. Der Staat versucht diesem Trend entgegenzuwirken, indem er seit 1996 in das Programm der Prämierung wissenschaftlicher Leistungen auch wissenschaftliche Werke aufgenommen hat. Im vergange-